



U17 erreicht das EM-Finale

Deutsches Nachwuchsteam schlägt im Halbfinale Russland mit 1:0.

Seite 29

Bestechungsversuch? Weiterer Fall ist bekannt

Fußball: Auch Schröck gegen Breidenbach soll im Zusammenhang mit möglichen Bestechungsversuchen stehen.

Seite 31

Gesegnete Pferde, Feste und Streik auf der Lahn

Unsere Fotografen sind für Sie vor Ort, wenn im Landkreis etwas Spannendes geschieht. Die Ergebnisse finden Sie

auf op-marburg.de/video-foto

Bernd Luckes Weckruf

Streit in der AfD eskaliert – gründet der Chef eine neue Partei?

Seite 13



Mittwoch, 20. Mai 2015

www.op-marburg.de

149. Jahrgang, Nr. 115 - G 5419 - Einzelpreis Euro 1,80

Guten Morgen!

Tomas Oral wird in die Annalen des FSV Frankfurt eingehen. Und zwar als Bußprediger und Stifter eines bizarren Waschstraßen-Kultes. Der 42-jährige ließ die Spieler des Fußball-Zweitligisten beim ersten Training durch die Waschanlage einer benachbarten Tankstelle laufen. Tieferer Sinn soll gewesen sein, die Mannschaft von allem „reinzuzwaschen“, was vor Orals Rückkehr auf die Trainerbank passiert ist. Ob das hilft? Wir zweifeln daran. Doch falls der FSV nun 10:0 gewinnt, könnte die Waschstraßen-Taufschule machen. Die Anhänger der neuen Religion könnten Oralisten heißen.

TAGESSCHAU

DIE WELT

Weniger Bürokratie

Die EU-Kommission will ihre Gesetze einfacher und verständlicher gestalten.

Seite 13

VERMISCHTES

Gewalt gegen Kinder

Im vergangenen Jahr registrierte die Polizei 14 395 Fälle von sexueller Gewalt gegen Kinder. Ein Rückgang auf hohem Niveau. Seite 28

BÖRSE

DAX
11 853,33 (+ 259,05)
DOW JONES
18 312,39 (+ 13,51)
EURO
1,1180 (- 0,0209)

Seite 20

SPÄTMELDUNG ++20.49++

33,8 Millionen Autos zurück in die Werkstat

Washington. Mangelhafte Airbags zwingen den Autozulieferer Takata in den USA zu einem Rekord-Rückruf. Unter dem Druck der US-Verkehrsaufsicht räumte das japanische Unternehmen gestern Gefahren bei 33,8 Millionen Fahrzeugen ein. Deshalb dürften in den USA nun mehr Autos in die Werkstätten beordert werden als jemals zuvor. Verkehrsminister Anthony Foxx sprach vom wohl komplexesten Rückruf der US-Geschichte.

WETTER



Seite 17



Fernsehteam filmt in Oberrospe für „Terra X“

Oberrospe. Den Tier- und Dokumentarfilmer Dirk Steffens hat man auch schon mit einem Leopard in den Arm gesehen. In Oberrospe hatte er es nur mit Haustieren zu tun, die sich aber auch als nicht ganz berechenbar erwiesen (Foto: Manfred Schubert). Professor Harald

Lesch und Dirk Steffens begeben sich in „Terra X: Ein Fall für Lesch und Steffens“ erstmals gemeinsam auf Forschungsreise. Ein Teil der Aufnahmen fand in Wetter und Oberrospe statt. Im Team gehen der Wissenschaftler und der Abenteurer der Frage nach: Wie lässt sich

das Wetter an einem bestimmten Ort wunschgemäß beeinflussen? Am letzten von mehreren Drehtagen der „Gruppe 5 Filmproduktion“ ging es am Montag in Oberrospe um Bauernregeln. Dafür verwandelte sich das Dorf in ein Bauernhof.

Seite 12

Neuwohner spricht sich gegen Schwarz-Grün in Marburg aus

Marburg. Schwarz-Grün in Marburg ist für Dr. Elke Neuwohner (Grüne) im Gegensatz zur Konstellation in der Landesregierung in Hessen keine Option. Stattdessen plädierte die OB-Kandidatin im OP-Interview (Foto: Tobias Hirsch) für eine Weiterführung der seit 18 Jahren bestehenden rot-grünen



Rathauskoalition nach der Kommunalwahl im März 2016. Zunächst aber findet am 14. Juni in Marburg die OB-Wahl statt. Inhaltlich würde die Ärztin und Mutter von fünf Kindern als Rathauschefin unter anderem Schwerpunkte auf die Förderung des Radverkehrs und mehr Windkraft setzen.

Seite 3

Lokführer halten an Streiks fest

Gespräche mit der Bahn · Post und Verdi verhandeln heute

Frankfurt. Bahnreisende müssen sich von heute an auf den nächsten Lokführerstreik einstellen. Zugsausfälle und volle Ersatzzüge sind dann wieder an der Tagesordnung.

Betroffen war gestern zunächst nur der Güterverkehr, die Personenzüge sollten von heute um 2 Uhr an ebenfalls bestreikt werden. Es ist bereits die

neunte Streikrunde im laufenden Tarifkonflikt. Die GDL kündigte zunächst kein Streikende an, betonte aber, es handle sich nicht um einen unbefristeten Ausstand. Gestern gab es noch einen Vermittlungsversuch. Bahn und GDL loteten bei einem Treffen in Frankfurt die rechtlichen Bedingungen einer möglichen Schlichtung aus. We-

ger des Streiks hat die Deutsche Bahn wieder Ersatzfahrpläne aufgestellt.

Nach Warnstreiks, Drohungen und Schuldzuweisungen wird im Tarifstreit bei der Deutschen Post heute ab 11 Uhr wieder verhandelt. Verdi hatte der Post vorgeworfen, Beamte als Streikbrecher einzusetzen, was illegal ist.

Seite 19

Tiefer Graben in Cappeler Straßendecke

Loch reicht bis 1,50 Meter unter die Erde · Unterspülung durch morsches Kanalsystem

Ein großes Loch unter der Teerdecke sorgt in Cappel für Aufregung unter den Bewohnern. Die entstandene Grube reicht bis 1,50 Meter in die Tiefe. Die aufgerissene Stelle ist etwa 30 Zentimeter breit.

von Peter Gassner

Cappel. Bei dem plötzlich aufgerissenen Graben in der Tulpenstraße handelt es sich um eine unterirdische Höhlung, die durch eine Ausspülung unter der Erde entstanden ist. Nach Angaben der Stadt handelt es sich um einen „Trümmerbruch“ an einem Rohr in der Zuleitung zum Abwasserkanal. Der Dienstleistungsbetrieb der Stadt

Marburg (DBM) hat den Schaden per Kamera untersucht, der Hauptkanal ist demnach nicht betroffen.

Schuld an dem Rohrbruch ist vermutlich ein veraltetes Kanalsystem, das regelmäßig zu Kellerüberflutungen in der Tulpenstraße führt. Die Stadt ist über diesen Zustand bereits seit längerem informiert und möchte laut Anwohnern das Kanalsystem im Zuge einer Erneuerung der Marburger Straße sanieren. Zunächst aber soll die Straße von heute an repariert werden, teilte die Sprecherin der Stadt, Sabine Preisler, mit. Die Arbeiten sollen am Ende der Woche bereits abgeschlossen sein, sagte sie. Die Straße sei „weitläufig abgesichert“ und ist derzeit halbseitig gesperrt. Der Verkehr auf der Straße könne „problemlos passieren“.

Seite 6



Straßenschäden in der Tulpenstraße in Cappel. Das Loch hat eine Tiefe von 1,50 Meter. Foto: Thorsten Richter

Gericht begibt sich zur Durchsuchung

Biedenkopf. Zwei Männer müssen sich vor dem Biedenkopfer Amtsgericht verantworten, weil ein Gastwirt einen Selbständigen dazu überredete haben soll, ihn in seinem Unternehmen anzustellen. Dadurch wollte der jüngere Angeklagte die Aufnahme in die gesetzliche Krankenversicherung erreichen, damit diese die Kosten der Behandlung einer bei ihm diagnostizierten ernsthaften Erkrankung übernehmen müsse. Die Weigerung der AOK bestätigte das Sozialgericht, das von einem Scheinverhältnis ausging. Wegen des Betrugsverdachts stehen die beiden Männer nun vor Gericht, das gestern nach einstündiger Verhandlung zu einer Hausdurchsuchung aufbrach, um Belege für die Anstellung zu finden.

Seite 6



Aboservice: 08 00 / 3 40 94 11*
Anzeigen: 08 00 / 3 40 94 09*

*Gebührenfrei aus dem dt. Festnetz und dem dt. Mobilfunknetz.

MELDUNGEN

S-Bahn überfährt Mann

Eschborn. Ein zunächst unbekannter Mann ist gestern zwischen Eschborn und Eschborn-Süd von einer S-Bahn überfahren und getötet worden. Die Bundespolizei ging von einem Unfall aus. Der Mann sei ersten Ermittlungen zufolge über die Gleise gegangen und habe die heranfahrende S-Bahn von Frankfurt nach Kronberg (S4) nicht bemerkt, sagte ein Sprecher. Die rund 150 Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon.

Wollte Frau ihren Mann erdrosseln?

Frankfurt. Nach dem Tod ihres schwerkranken Ehemannes soll eine 61-jährige Frau fünf Jahre und neun Monate ins Gefängnis. Das beantragte gestern die Staatsanwaltschaft vor dem Landgericht Frankfurt. Die Frau habe versucht, den Ehemann zu erdrosseln. Gestorben aber sei er an den Folgen eines kurz zuvor erlittenen Herzinfarktes, sagte die Anklagevertreterin, die deshalb lediglich von einem heimtückischen Mordversuch ausging. Hintergrund der Tat waren erhebliche Spannungen in der Ehe.

Steuerfahnder findet Granaten

Frankfurt. Weil auf seinem Bauhof elf Handgranaten gefunden worden sind, ist ein Landwirt aus dem Taunus gestern in Frankfurt zu einem Jahr und vier Monaten Bewährungsstrafe verurteilt worden. Das Amtsgericht ging von einem Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz aus und verhängte zusätzlich noch 1200 Euro Geldauflage gegen den 62-Jährigen. Der Mann hatte sie vor mehr als zwanzig Jahren von einem Arbeitskollegen „zur Zwischenlagerung“ übergeben bekommen.

Neonazi zieht Aussage zurück

München. Der inhaftierte Kasseler Neonazi Bernd T. hat im Münchner NSU-Prozess bestritten, die mutmaßlichen NSU-Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt jemals getroffen zu haben. Damit nahm er gestern eine Aussage zurück, die er kurz nach dem Auffliegen des NSU-Trios Ende 2011 gegenüber der Polizei gemacht hatte. Damals hatte er behauptet, er habe Mundlos und Böhnhardt kurz vor dem Kasseler NSU-Mord an dem Betreiber eines Internet-Cafés vom Bahnhof abgeholt und zu einer Geburtstagsfeier gebracht. Das sei „gelogen“, sagte T. nun.

Sprachkurse in Berufsschulen

Wiesbaden. Die Landesregierung will mit einem neuen Konzept zur Sprachförderung jungen Flüchtlingen den Start in Hessen erleichtern. Das Programm richte sich an die Gruppe der 16- bis 18-Jährigen, die nicht mehr der Vollzeitschulpflicht unterliegen, sagten Kultusminister Alexander Lorz und Sozialminister Stefan Grüttner (beide CDU) gestern. Die auf zwei Jahre angelegte Initiative wird bei den Berufsschulen angesiedelt.

Motorradfahrer stirbt bei Unfall

Weilburg. Eine Motorradfahrer ist bei einem Unfall nahe Weilburg getötet worden. Die Frau sei gestern Mittag aus ungeklärten Gründen auf der Bundesstraße 456 nahe dem Ortsteil Kubach auf die Gegenfahrbahn geraten und dort frontal gegen ein Auto gefahren, berichtete die Polizei in Limburg. Die Autofahrerin erlitt einen Schock.

Teure Stiftungen in der Kritik

Landesrechnungshof rügt in seinem Bericht Prestigeprojekte der CDU-geführten Landesregierungen

Neben den Neubau der Landesjugendfeuerwehrschule in Cappel kritisiert der Landesrechnungshof auch die Einrichtung der von Behring-Röntgen-Stiftung.

Fortsetzung von Seite 1
von Friedemann Kohler und Till Conrad

Wiesbaden. „Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sind Voraussetzung, um Investitionen zielgerichtet steuern zu können“, sagte Rechnungshof-Präsident Walter Wallmann gestern in Wiesbaden. In seinem Bericht zum Haushaltsjahr 2013 kritisierte er auch, dass Hessen trotz guter Steuereinnahmen eine Milliarde Euro neuer Schulden gemacht habe. Das Land müsse sparen. Er warnte aber davor, zu wenig in Infrastruktur zu investieren und in einen teuren Sanierungsstau zu geraten.

Ministerium will künftig Rechnungsprüfer einbinden

Der Rechnungshof griff auch zwei teure Stiftungen der CDU-geführten Landesregierungen auf. Die Umweltstiftung Natura 2000 sollte aufgelöst werden, forderte Wallmann. Dort seien 12,5 Millionen Euro Stiftungskapital dem Gesetzgeber dauerhaft entzogen, für die aufgenommenen Kredite zahle das Land jährlich 422 000 Euro Zinsen. Ausgeschüttet wurden 2013 aber nur 262 000 Euro für Umweltprojekte im Wald. Bei so niedrigen Summen könne man die Stiftung auflösen und die Förderung 70 Jahre lang weiterzahlen, rechnete Wallmann vor. Die mit 100 Millionen Euro ausgestattete Behring-Röntgen-Stiftung erwirtschaftet in der



Behörden und Stiftungen in Hessen sollen stärker auf Wirtschaftlichkeit achten, fordert der Präsident des Landesrechnungshofs Hessen, Walter Wallmann. Foto: Fredrik von Erichsen

Niedrigzinsphase viel geringere Erträge als erwartet. Damit könne auch die medizinische Forschung nicht so gefördert werden wie geplant, sagte Wallmann. Ministerium und Stiftungsvorstand vertreten die Auffassung, dass eine dauerhafte und nachhaltige Förderfähigkeit ohne die Errichtung der Stiftung nicht sichergestellt sei. Das Ministerium bezweifelt aber nicht die wirtschaftlichen Überlegungen des Rechnungshofs. Es will bei zukünftigen Verlagerungen von Verwaltungsaufgaben auf Stiftungen die „frühzeitige Einbindung des Rechnungshofs“ prüfen, heißt es im Bericht des Rechnungshofs. Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport hat da-

rauf hingewiesen, dass das Hessische Stiftungsgesetz keine Vorgabe hinsichtlich einer realen Erhaltung des Stiftungsvermögens enthält. Die auf Betreiben von Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) gegründete Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ sei nicht geprüft worden. Aber auch bei ihr ist bekannt, dass die Erträge kleiner sind als erwartet.

Der Bericht listet viele Fälle auf, in denen die Verwaltung gegen Haushaltsrecht, Vergaberecht oder EU-Förderrechtlinien verstoßen hat. Er habe keine Antwort, warum es zu solchen Verstößen komme, sagte Wallmann. In den Behörden arbeiteten Verwaltungsfachleute und Juristen. Nötig sei seiner

Auffassung nach, dass mehr Betriebswirte mit ihrem Sachverstand in die Verwaltung kämen. Der Rechnungshof kritisierte die Behörden nicht nur, er biete auch Beratung an.

Im Haushalt bleibt ein Loch von 500 Millionen Euro

Trotz hoher Steuereinnahmen und niedriger Zinsen blieb im Haushalt 2013 immer noch ein Loch von 500 Millionen Euro. Hessen verschuldete sich sogar mit einer Milliarde Euro, weil auch Rücklagen geschaffen wurden. „Das Land legt sich ein kreditfinanziertes Sparbuch an“, kritisierte Wallmann. Um die Schuldenbremse einzuhalten, müssten dringend die Ver-

brauchs Ausgaben sinken. Investitionen sollten aber nicht noch weiter gekürzt werden. 2013 steckte das Land nur noch jeden zehnten Euro in Bau oder Erhalt von Schulen, Straßen oder Brücken. Wenn jetzt nicht saniert werde, werde es später nur teurer. „Hessen zehrt von seiner Substanz und bürdet damit den künftigen Generationen hohe Lasten auf“, kommentierte der SPD-Abgeordnete Norbert Schmitt den Bericht. Der Steuerzahlerbund forderte Einsparungen, gestand aber zu, dass ein Investitionsstau vermieden werden sollte. Die Regierungsfractionen CDU und Grüne deuteten den Bericht der Prüfer als „Bestätigung und Ansporn“ für ihre Politik.

Nimmermüder Lehrer muss zuhause bleiben

Gericht: Altersgrenze bei 67 Jahren bleibt

Frankfurt. Ohne Erfolg hat ein Lehrer auf Weiterbeschäftigung über die Altersgrenze hinweg geklagt. Das Verwaltungsgericht Frankfurt wies die Klage des 67 Jahre alten Pädagogen gegen das Land Hessen gestern zurück. Die zwangsläufige Pensionierung von Beamten mit 65 sei zwar eine Altersdiskriminierung, die aber gerechtfertigt sei, urteilte das Gericht. Ziel der gesetzlich festgelegten Altersgrenzen sei die Schaffung einer ausgewogenen Altersstruktur, „bei der die Einstellung und Förderung jüngerer Berufsangehöriger begünstigt und die Personalplanung optimiert“ werde. (dpa)

Die Männer ihm die Haut von einer Hand. Ziel sei der Trerorschlüssel gewesen. Der Senior gab ihn jedoch nicht heraus. Schließlich gelang es der Frau, Hilfe zu holen. Bei einem anderen Überfall nach ähnlichem Muster soll die Bande im November 2013 in Wiesbaden mit einem unbekanntem Komplizen Schmuck und rund 19 000 Euro Bargeld erbeutet haben. (dpa)

Haftstrafe für brutalen Überfall

Fünfköpfige Bande hatte es gezielt auf Senioren abgesehen

Darmstadt. Weil sie ein älteres Ehepaar in Mühlthal brutal beraubt haben, müssen drei Mitglieder einer fünfköpfigen Bande ins Gefängnis. Das Landgericht Darmstadt verurteilte vier 19 bis 24 Jahre alte Männer gestern zu Haftstrafen zwischen zwei Jahren auf Bewährung sowie fünf Jahren und drei Monaten nach Erwachsenenstrafrecht. Ein Angeklagter bekam zwei Jahre Haft auf Bewährung

nach Jugendstrafrecht. Das Gericht sprach von einem „rückwärtslosen Vorgehen“. Die Angeklagten hatten sich laut Gericht im Januar 2014 Zutritt zum Haus eines heute 92-Jährigen verschafft, indem sie sich als Paketboten ausgaben. Dort hätten sie dessen Ehefrau gefesselt und ihren Goldschmuck geraubt. Den Mann habe die Bande gefesselt und mit einem Elektroschocker gefoltert. Auch schäl-

ten die Männer ihm die Haut von einer Hand. Ziel sei der Trerorschlüssel gewesen. Der Senior gab ihn jedoch nicht heraus. Schließlich gelang es der Frau, Hilfe zu holen. Bei einem anderen Überfall nach ähnlichem Muster soll die Bande im November 2013 in Wiesbaden mit einem unbekanntem Komplizen Schmuck und rund 19 000 Euro Bargeld erbeutet haben. (dpa)

Erzieherinnen wollen mehr Wertschätzung

Demonstration für bessere Bezahlung in Gießen · Verdi-Chef Bsirske rechnet mit langen Streiks

Mehrere Tausend Kita-Beschäftigte aus ganz Hessen haben in Gießen für eine bessere Bezahlung demonstriert.

Mit Sprechchören, Pfeifkonzert und Sirenengeheul machten die Demonstranten deutlich, dass sie weiterhin kampfbereit sind: „Veränderungen sind nötig. Die Bezahlung ist einfach zu gering“, erklärte eine

39 Jahre alte Erzieherin. Es gehe aber auch um bessere Arbeitsbedingungen. „Wir brauchen mehr Wertschätzung“, fügte eine andere hinzu. Seit einer Woche streiken die Erzieher und Sozialarbeiter an

kommunalen Kitas bundesweit und unbefristet. Sie fordern eine spürbare Gehaltserhöhung. Die Arbeitgeber kontern, das sei nicht zu finanzieren.

Mütter und Kinder unterstützen den Streik

Die Anforderungen an den Beruf seien in den vergangenen Jahren „dramatisch gestiegen“, sagte Bsirske. Das müsse honoriert werden. Höhere Gehälter seien auch zu finanzieren: „Möglichkeiten dazu gibt es genug. Da muss sich niemand ins Bockshorn jagen lassen.“ Bund und Länder müssten zudem mehr Verantwortung übernehmen und die Kommunen entlasten.

Die Streikenden blieben bei der Kundgebung nicht unter sich, Unterstützung bekamen sie auch von Müttern und Kindern. Sie sei hier, weil Erzie-

von Caroline Eckenfels

Gießen. Ausgerüstet mit Trillerpfeifen und Plakaten forderten die rund 8500 Erzieher und Sozialarbeiter gestern, dass sich die kommunalen Arbeitgeber im aktuellen Tarifstreit bewegen. Gegen die „Hinhaltetaktik“ helfe nur der Druck von unten, rief der Bundeschef der Gewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, den Demonstranten zu. Es werde solange gestreikt, bis ein akzeptables Angebot auf dem Tisch liege – und wenn es Wochen dauere. „Das wird eine absolut harte Auseinandersetzung.“



Früh übt sich, was ein Demonstrant werden will: Mila (links) und Liam aus Wetztenberg demonstrieren in Gießen für ihre streikende Erzieherin. Foto: Arne Dedert